

SCHRIFTLICHE ANFRAGE P-1773/07

von Raúl Romeva i Rueda (Verts/ALE)

an die Kommission

Betrifft: Der Prozess des Dialogs zwischen den Volksgruppen in Ruanda

Mehr als zehn Jahre nach dem Ende des Völkermordes und des 1990 begonnenen Krieges hat die Regierung Ruandas keinerlei Schritte zur Demokratisierung des Landes, zum Dialog und zur nationalen Versöhnung unternommen. Ganz im Gegenteil werden die Grundrechte der Bevölkerung wie die Meinungsfreiheit und die bürgerlichen und politischen Rechte nicht respektiert. Zehntausende Menschen befinden sich unter der Anschuldigung des Völkermordes nach wie vor in Haft, wobei einige von ihnen mehr als zehn Jahre lang ohne Anwalt oder Prozess gefangen gehalten wurden.

Außerdem ist die Verwicklung Ruandas in den Bürgerkrieg in der Demokratischen Republik Kongo nachgewiesen, da es jenen Teil im Osten des Landes besetzt hält, in dem zahlreiche Rohstoffe vorkommen.

Sowohl in Ruanda als auch in der Region der Großen Seen wurden zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie Kriegsverbrechen verübt. Hält es die Kommission daher nicht für wichtig, einen politischen Dialog zwischen allen sich in Konflikt befindlichen Gruppen zu organisieren, an dem die aktiven Kräfte des Landes ebenso wie die in der Diaspora lebenden Flüchtlinge der drei Volksgruppen teilnehmen, um auf diese Weise einen gangbaren Weg in die Zukunft zu finden?

Beabsichtigt die Kommission, eine entsprechende Maßnahme zu ergreifen, oder kann sie eine internationale Initiative zu einem solchen „inter-ruandischen“ Dialog unterstützen, um der Straflosigkeit schrittweise ein Ende zu setzen und ein System der demokratischen Regierungsführung zu schaffen, das auf der Einhaltung der Menschenrechte und des Rechtsstaates beruht?

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+WQ+P-2007-1773+0+DOC+WORD+V0//DE&language=DE>